

31/BV/098/2023

Beschlussvorlage
öffentlich

Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2015-2026 der Gemeinde Altenhagen (2023)

| | |
|---|--|
| <i>Organisationseinheit:</i> Finanzen <i>Verfasser:</i> Jeanine Dokter-Range | <i>Datum</i> 28.03.2023 <i>Einreicher:</i> |
|---|--|

| | | |
|--|---|-------------------|
| <i>Beratungsfolge</i> Gemeindevertretung Altenhagen (Entscheidung) | <i>Geplante Sitzungstermine</i> 24.04.2023 | <i>Ö / N</i> Ö |
|--|---|-------------------|

Sachverhalt

Entsprechend § 43 Abs. 6 KV M-V ist der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung auszugleichen. Kann der Haushalt trotz Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht erreicht werden, ist ein Sicherungskonzept nach § 43 Abs. 7 KV M-V zu erarbeiten und entsprechend § 43 Abs. 8 KV M-V durch die Gemeindevertretung zu beschließen.

Laut § 17 b GemHVO-Doppik M-V stellt das Haushaltssicherungskonzept für die Wiedererlangungen der dauernden Leistungsfähigkeit die konzeptionelle, übergeordnete und verbindliche Planungs- und Handlungsvorgabe dar. Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes ist es, anhand konkreter Maßnahmen darzustellen, wie innerhalb eines festzulegenden Zeitraumes der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich i. S. d. § 16 GemHVO Doppik M-V im Ergebnis- und Finanzhaushalt bzw. in der Ergebnis- und Finanzrechnung wieder erlangt und gesichert werden kann.

Gemäß § 43 Abs. 8 KV M-V ist das Haushaltssicherungskonzept über den Konsolidierungszeitraum mindestens jährlich fortzuschreiben. Die Untersuchungen zur Haushaltssicherung sind bis in jedes Produkt vorzunehmen. Die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen sind mit einem entsprechenden Zeitrahmen hinsichtlich ihrer Umsetzung zu versehen.

Der Haushaltsplan 2023 weist im Ergebnishaushalt unterjährig ein **Jahresfehlbetrag in Höhe von -275.330 €** aus.

Aufgrund der negativen Vorträge aus Vorjahren ergibt sich zum Ende des Haushaltsjahres ein Fehlbetrag in Höhe von -416.677 €.

Der **jahresbezogene Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen beträgt -294.970 €**. Zuzüglich der Vorträge aus Vorjahren ergibt sich zum Ende des Haushaltsjahres ein Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen in Höhe von -623.461 €.

Die Gemeinde weist für das Haushaltsjahr 2023 keinen Ausgleich im Ergebnis- und im Finanzhaushalt aus. Zum Ende des Finanzplanungszeitraumes kann ebenfalls kein Ausgleich erreicht werden. Die Gemeinde kann keine liquiden Mittel aufzeigen und muss Kassenkredite aufnehmen.

Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist dem zur Folge als weggefallen zu bewerten.

Die Gemeindevertretung hat im Jahr 2015 erstmalig ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Dieses muss jährlich fortgeschrieben werden. Die Gemeinde wird weiterhin bemüht sein, den Haushaltsgrundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gerecht zu werden.

Um die hohen Sonder- und Ergänzungszuweisungen des Landes M-V zum Abbau der negativen Vorträge weiter zu erhalten, muss die Gemeinde nachweisen, dass die Gemeinde zukünftig in der Lage ist, den Haushaltsausgleich aus eigener Kraft herzustellen. Dies muss mit entsprechenden Zahlen belegt werden. Mit der Haushaltssatzung 2023 ist der unteren Rechtsaufsichtsbehörde die beschlossene und mit messbaren Maßnahmen untersetzte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vorzulegen.

Für die Entscheidung ist gemäß § 22 KV M-V die Gemeindevertretung zuständig.

Die Personen, die dem Mitwirkungsverbot gem. § 24 KV M-V unterliegen, haben dies eigenverantwortlich anzuzeigen.

Hinweis der Verwaltung

Sollte die Gemeindevertretung entscheiden, die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht umzusetzen, sind Maßnahmen zu benennen, durch die die fehlenden finanziellen Mittel kompensiert werden können. Der ehrenamtliche Bürgermeister der Gemeinde hat Beschlüssen der Gemeindevertretung zu widersprechen, wenn geltendes Recht verletzt wird. Dies ist der Fall, wenn kein gesetzeskonformes Haushaltssicherungskonzept (Kommunalverfassung M-V und Gemeindehaushaltsverordnung M-V) beschlossen wird.

Dieses Recht obliegt ebenfalls dem leitenden Verwaltungsbeamten.

Des Weiteren wird die untere Rechtsaufsicht den Haushalt 2023 nicht genehmigen, wenn kein beschlossenes Haushaltssicherungskonzept vorgelegt wird, d.h. die Gemeinde kann ihre geplanten Maßnahmen nicht umsetzen.

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung Altenhagen beschließt die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2023 für den Zeitraum 2015 bis 2026.

Finanzielle Auswirkungen

| | | | |
|---|--|--|--|
| im lfd. Haushaltsjahr: 2023 <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/> ja | | in Folgejahren: <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend | |
| Finanzielle Mittel stehen: | | | |
| <input type="checkbox"/> planmäßig zur Verfügung unter : Produktsachkonto: Bezeichnung: | | <input type="checkbox"/> nicht zur Verfügung (Deckungsvorschlag) Produktsachkonto: Bezeichnung: <input type="checkbox"/> Deckungsmittel stehen nicht zur Verfügung | |
| Haushaltsmittel: | | Haushaltsmittel: | |
| bisher angeordnete Mittel: | | bisher angeordnete Mittel: | |
| Maßnahmesumme: | | Maßnahmesumme: | |
| noch verfügbar: | | noch verfügbar: | |
| Erläuterungen: siehe Anlagen | | | |

Anlage/n

| | |
|---|---|
| 1 | Fortschreibung Altenhagen 2023 (PDF) öffentlich |
| 2 | Maßnahmenblatt_31_01_2023 (PDF) öffentlich |
| 3 | Maßnahmenblatt_31_02_2023 (PDF) öffentlich |
| 4 | Maßnahmenblatt_31_03_2023 (PDF) öffentlich |

FORTSCHREIBUNG

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT

der Gemeinde Altenhagen

für die Haushaltsjahre 2015 bis 2026

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1. Analyse der Ursachen für den fehlenden Haushaltsausgleich..... | 4 |
| 1.1 Ergebnishaushalt | 4 |
| 1.1.1 Übersicht über wichtige Erträge/Einzahlungen | 5 |
| 1.1.2 Analyse ausgewählter Erträge | 6 |
| 1.1.2.1 Steuern und ähnliche Abgaben..... | 6 |
| 1.1.2.2 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge (Schlüsselzuweisungen enthalten) | 7 |
| 1.1.2.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 8 |
| 1.1.2.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte | 8 |
| 1.1.2.5 Kostenerstattungen und -umlagen..... | 8 |
| 1.1.2.6 Zinserträge und sonstige Finanzerträge | 9 |
| 1.1.2.7 Sonstige laufende Erträge | 9 |
| 1.1.3 Übersicht über wichtige Aufwendungen/Auszahlungen..... | 10 |
| 1.1.4 Analyse ausgewählter Aufwendungen..... | 10 |
| 1.1.4.1 Personalaufwendungen | 10 |
| 1.1.4.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen..... | 11 |
| 1.1.4.3 Zuwendungen, Umlagen und Transferaufwendungen..... | 11 |
| 1.1.4.4 Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen..... | 11 |
| 1.1.4.5 Sonstige laufende Aufwendungen | 11 |
| 1.1.4.6 Freiwillige Aufwendungen | 12 |
| 1.1.5 Ergebnis der Analyse der Erträge und Aufwendungen..... | 12 |
| 1.2 Finanzhaushalt..... | 13 |
| 1.2.1 Analyse und Ergebnis der Einzahlungen | 14 |
| 1.2.2 Analyse und Ergebnis der Auszahlungen | 15 |
| 2. Feststellung des Konsolidierungsbedarfes..... | 16 |
| 2.1 Wesentliche Produkte/Schwerpunktprodukte | 17 |
| 3. Festlegung der Konsolidierungsmaßnahmen..... | 19 |

| | |
|--|----|
| 3.1 Stand Umsetzung der Maßnahmen für 2022 | 19 |
| 3.2 Neue Konsolidierungsvorschläge (Die Konsolidierungsvorschläge werden in der Anlage zu diesem Konzept beschrieben.) | 19 |
| 3.2.1 Tabellarische Darstellung Ertragssteigerungen bzw. Aufwandsreduzierungen im Ergebnishaushalt | 20 |
| 3.2.2 Tabellarische Darstellung Einzahlungssteigerungen bzw. Auszahlungsreduzierungen im Finanzhaushalt..... | 21 |
| 4. Zusammenfassung der finanziellen Wirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen | 22 |
| 4.1 Tabellarische Zusammenfassung der Konsolidierungsmaßnahmen und Auswirkung auf den Fehlbetrag | 23 |
| 5. Angabe des Konsolidierungszeitraumes | 24 |
| 6. Fazit und Ausblick | 25 |
| 7. Bindungswirkung des Haushaltssicherungskonzeptes | 26 |

1. Analyse der Ursachen für den fehlenden Haushaltsausgleich

1.1 Ergebnishaushalt

Aus der nachfolgenden Darstellung wird deutlich, dass die Erträge in 2021 und 2022 ausreichten, um die Aufwendungen zu decken. In den Folgejahren ist planmäßig eine Unterdeckung vorhanden, sodass mit negativen Jahresergebnissen gerechnet wird.

| | vorl. Ergebnis | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|-----------------------|-----------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Summe Erträge | 758.744 € | 791.923 € | 607.380 € | 603.480 € | 603.480 € | 603.340 € |
| Summe der Aufwendungen | 707.925 € | 670.201 € | 905.300 € | 782.060 € | 779.440 € | 786.090 € |
| Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen | 50.819 € | 121.722 € | -297.920 € | -178.580 € | -175.960 € | -182.750 € |
| Einstellung in die Kapitalrücklage | | | | | | |
| Entnahme aus der Kapitalrücklage | 22.913 € | 0 € | 22.590 € | 22.590 € | 22.590 € | 22.590 € |
| Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich | | | | | | |
| Entnahme aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich | | | | | | |
| Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag, Nummer 20 zzgl. Nummern 22 und 24, | 73.732 € | 121.722 € | -275.330 € | -155.990 € | -153.370 € | -160.160 € |
| Ergebnisvortrag (§ 47 Abs.5 Nr.1.3 GemHVODoppik) a.d.Haushaltsvorjahr | -181.019 € | -107.287 € | 14.435 € | -260.895 € | -416.885 € | -570.255 € |
| Ergebnisvortrag (§ 47 Abs.5 Nr.1.3 GemHVODoppik) i.d.Haushaltsfolgejahr | -107.287 € | 14.435 € | -260.895 € | -416.885 € | -570.255 € | -730.415 € |

1.1.1 Übersicht über wichtige Erträge/Einzahlungen

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 1. Steuern und ähnliche Abgaben | 168.675 € | 136.385 € | 144.220 € | 144.220 € | 144.220 € | 144.220 € |
| darunter: | | | | | | |
| Grundsteuer A | 14.050 € | 14.400 € | 14.400 € | 14.400 € | 14.400 € | 14.400 € |
| Grundsteuer B | 25.574 € | 26.270 € | 26.370 € | 26.370 € | 26.370 € | 26.370 € |
| Gewerbesteuer | 43.822 € | 10.300 € | 10.000 € | 10.000 € | 10.000 € | 10.000 € |
| Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | 78.600 € | 79.515 € | 87.530 € | 87.530 € | 87.530 € | 87.530 € |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 5.348 € | 4.565 € | 4.520 € | 4.520 € | 4.520 € | 4.520 € |
| Hundesteuer | 1.281 € | 1.335 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € |
| Sonstige Gemeindesteuern (Vergnügungssteuer) | | | | | | |
| Ausgleichsleistungen vom Land | | | | | | |
| Leist.d.Landes a.d.Umsetz.4. Gesetz f.moderne Dienstleist. a.Arbeitsm. | | | | | | |
| Leist.d.Landes a.d.Ausgl.v.Sonderleist.Zus.Arbeitslosen-/Sozialhilfe | | | | | | |
| 2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge | 336.808 € | 305.590 € | 210.080 € | 210.080 € | 210.080 € | 209.990 € |
| darunter: | | | | | | |
| Schlüsselzuweisungen | 192.162 € | 199.545 € | 178.810 € | 17.810 € | 178.810 € | 178.810 € |
| Bedarfszuweisungen/sonstige allgemeine Zuweisungen | 123.431 € | 84.425 € | 531.000 € | 506.000 € | 0 € | 0 € |
| Personalkostenzuschüsse | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| Aulösung Sonderposten aus Zuwendungen | 21.215 € | 21.620 € | 31.270 € | 31.270 € | 31.270 € | 31.180 € |
| 4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 5.520 € | 2.750 € | 1.040 € | 1.040 € | 1.040 € | 990 € |
| darunter: | | | | | | |
| WBV-Gebühr | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| Auflösung Sonderposten Beiträge | 270 € | 190 € | 190 € | 190 € | 190 € | 190 € |
| 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte | 219.475 € | 216.100 € | 228.800 € | 228.800 € | 228.800 € | 228.800 € |
| darunter: | | | | | | |
| Mieterträge Wohnungen | 41.599 € | 44.100 € | 24.800 € | 24.800 € | 24.800 € | 24.800 € |
| 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 13.814 € | 14.440 € | 8.310 € | 7.640 € | 7.640 € | 7.640 € |
| 7. Andere aktivierte Eigenleistungen | | | | | | |
| 8. Zinserträge und sonstige Finanzerträge | 7.514 € | 3.700 € | 6.930 € | 3.700 € | 3.700 € | 3.700 € |
| davon Dividenden | 3.668 € | 3.700 € | 3.700 € | 3.700 € | 3.700 € | 3.700 € |
| 9. Sonstige laufende Erträge | 6.938 € | 8.510 € | 8.000 € | 8.000 € | 8.000 € | 8.000 € |
| Konzessionsabgaben | 6.819 € | 7.000 € | 8.000 € | 8.000 € | 8.000 € | 8.000 € |
| Summe der Erträge | 758.744 € | 687.475 € | 607.380 € | 603.480 € | 603.480 € | 603.340 € |

1.1.2 Analyse ausgewählter Erträge

1.1.2.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben machen ca. 24% der Gesamterträge aus.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|-----------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 1. Steuern und ähnliche Abgaben | 168.675 € | 136.385 € | 144.220 € | 144.220 € | 144.220 € | 144.220 € |

Produkt 6.6.1.00

Entwicklung der Hebesätze der Realsteuern

| Hebesatzart | 2021 | 2022 | 2023 | Landesdurchschnitt 2021 |
|--------------------|-------------|-------------|-------------|------------------------------------|
| Grundsteuer A | 339 | 349 | 349 | 330 |
| Grundsteuer B | 395 | 406 | 406 | 388 |
| Gewerbsteuer | 351 | 359 | 359 | 350 |

Die Erträge aus den Realsteuern stellen den dritthöchsten Ertragsposten dar. Maßgeblichen Einfluss auf die Höhe der Erträge hat die Gemeinde nur mittels Hebesatz auf die Grundsteuer A und B, die Gewerbsteuer sowie die Anpassung der Höhe der Hundesteuer.

Aktuelle Hebesätze

Die Hebesätze der Gemeinde wurden zuletzt zum 01.01.2022 angepasst und liegen über dem Landesdurchschnitt für kreisangehörige Gemeinden. Um Hilfen zum Erreichen des Haushaltsausgleiches nach § 27 FAG M-V zu erhalten, ist es vorgesehen, die Hebesätze mindestens 20 Hebesatzpunkte über dem gewogenen Durchschnittshebesatz des Landes zu halten. Entsprechend müsste die Gemeinde die Hebesätze zum 01.01.2023 erneut anpassen.

Entwicklung der Steuererträge

| | | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan |
|-------------------|-------------------------------------|-----------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
| 6.1.1.00.40110000 | Grundsteuer A | 14.050 € | 14.400 € | 14.400 € | 14.400 € | 14.400 € |
| 6.1.1.00.40120000 | Grundsteuer B | 25.574 € | 26.270 € | 26.370 € | 26.370 € | 26.370 € |
| 6.1.1.00.40131000 | Gewerbsteuer | 43.822 € | 10.300 € | 10.000 € | 10.000 € | 10.000 € |
| 6.1.1.00.40320000 | Sonstige Gemeinsteuern Hundesteuer | 1.281 € | 1.335 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € |
| | gesamt Erträge/Einzahlungen: | 84.727,00 € | 52.305,00 € | 52.170,00 € | 52.170,00 € | 52.170,00 € |

Hundesteuer

Die Gemeinde liegt bei den Beträgen der Hundesteuer nah am Durchschnittswert der amtsangehörigen Gemeinden (Amt Treptower Tollensewinkel). Die Satzung wurde letztmalig zum 01.01.2022 angepasst.

Derzeitiger Satz:

| 1. Hund | 2. Hund | 3. Hund |
|----------------|----------------|----------------|
| 35 € | 50 € | 70 € |

Möglicher Satz:

| ohne Stadt | | | | |
|-------------------|---------|---------|----------|----------|
| Durchschnitt | 34,74 € | 53,16 € | 70,00 € | 120,00 € |
| Minimal | 20,00 € | 30,00 € | 40,00 € | 50,00 € |
| Maximal | 60,00 € | 90,00 € | 120,00 € | 150,00 € |

Die Erschließung neuer Steuerquellen (Verbrauchs- oder Aufwandssteuer) im Sinne des Steuerfindungsrechtes der Gemeinde müsste anhand von derartig messbarem Zahlenmaterial und statistischen Auswertungen im jeweiligen Themenbereich erfolgen, bspw. Zweitwohnungssteuer, Pferdesteuer, Jagdsteuer, Vergnügungssteuer, etc.

1.1.2.2 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge (Schlüsselzuweisungen enthalten)

Die Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge machen ca. 35 % der gesamten Erträge aus. Die größten Anteile bilden dabei die Schlüssel- und Bedarfszuweisungen.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|-----------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge | 336.808 € | 305.590 € | 210.080 € | 210.080 € | 210.080 € | 209.990 € |

1.1.2.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die öffentlichen-rechtlichen Leistungsentgelte machen ca. 0,2% der Erträge aus.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|----------------|---------|---------|---------|---------|-------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 5.520 € | 2.750 € | 1.040 € | 1.040 € | 1.040 € | 990 € |

1.1.2.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Gemeinde erzielt ca. 38% der Erträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|---------------------------------------|----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte | 219.475 € | 216.100 € | 228.800 € | 228.800 € | 228.800 € | 228.800 € |

1.1.2.5 Kostenerstattungen und -umlagen

Die Kostenerstattungen und -umlagen betragen ca. 1% der gesamten Erträge. Sie sind gegen die Aufwendungen zu rechnen und verringern so nur die Aufwendungen. Die Gemeinde erhält sie für Dienstleistungen, die sie anbietet bzw. betreibt.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|---|----------------|----------|---------|---------|---------|---------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 13.814 € | 14.440 € | 8.310 € | 7.640 € | 7.640 € | 7.640 € |

1.1.2.6 Zinserträge und sonstige Finanzerträge

Die Zins- und sonstigen Finanzerträge machen ca. 0,6% der Gesamterträge aus. Der Hauptanteil der Zinserträge stammt aus Wertpapieren. Unter den sonstigen Erträgen fallen die Erträge aus Konzessionsabgaben. Sonstige Erträge stellen mit einem geringen Anteil Versicherungser-

stattungen dar, aber auch Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und beweglichen Vermögensgegenständen sowie die Konzessionsabgaben werden hier abgebildet.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 8. Zinserträge und sonstige Finanzerträge | 7.514 € | 3.700 € | 6.930 € | 3.700 € | 3.700 € | 3.700 € |

1.1.2.7 Sonstige laufende Erträge

Die sonstigen laufenden Erträge machen ca. 1 % der gesamten Erträge aus.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|-------------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 9. Sonstige laufende Erträge | 6.938 € | 8.510 € | 8.000 € | 8.000 € | 8.000 € | 8.000 € |

1.1.3 Übersicht über wichtige Aufwendungen/Auszahlungen

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 11. Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen | 165.196 € | 177.160 € | 203.910 € | 209.310 € | 215.610 € | 221.360 € |
| 13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 195.007 € | 238.220 € | 357.235 € | 231.515 € | 222.515 € | 222.515 € |
| darunter: | | | | | | |
| Aufwendungen Energie, Wasser, Abfall | 23.231 € | 25.245 € | 27.560 € | 25.040 € | 25.040 € | 25.040 € |
| Aufwendungen für Gebäude | 20.173 € | 68.100 € | 124.100 € | 19.600 € | 19.600 € | 19.600 € |
| Aufwendungen für Infrastrukturvermögen | 6.302 € | 10.500 € | 18.000 € | 17.000 € | 8.000 € | 8.000 € |
| Unterhaltung Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen | 8.688 € | 15.020 € | 16.400 € | 12.700 € | 12.700 € | 12.700 € |
| Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung | 1.470 € | 13.250 € | 13.600 € | 5.600 € | 5.600 € | 5.600 € |
| Schulkostenbeiträge, Umlage WBV | 69.764 € | 35.860 € | 66.910 € | 60.910 € | 60.910 € | 60.910 € |
| Kostenerstattungen an Gemeinden und Private | 1.260 € | 2.000 € | 670 € | 670 € | 670 € | 670 € |
| 14. Abschreibungen | 39.512 € | 39.980 € | 47.210 € | 47.110 € | 47.070 € | 46.890 € |
| 15. Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen | 236.036 € | 251.380 € | 260.870 € | 261.470 € | 262.070 € | 262.670 € |
| darunter: | | | | | | |
| Kreisumlage | 129.070 € | 139.010 € | 149.490 € | 149.490 € | 149.490 € | 149.490 € |
| Amtsumlage | 64.868 € | 66.760 € | 68.180 € | 68.180 € | 68.180 € | 68.180 € |
| Gewerbesteuerumlage | 4.370 € | 1.010 € | 1.000 € | 1.000 € | 1.000 € | 1.000 € |
| Zuweisungen Kindertagesstätten | 37.728 € | 44.600 € | 42.200 € | 42.800 € | 43.400 € | 44.000 € |
| 17. Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen | 12.413 € | 6.050 € | 3.660 € | 2.365 € | 1.285 € | 1.255 € |
| 18. Sonstige laufende Aufwendungen | 59.761 € | 31.505 € | 32.415 € | 30.290 € | 30.890 € | 31.400 € |
| Summe der Aufwendungen | 707.925 € | 744.295 € | 905.300 € | 782.060 € | 779.440 € | 786.090 € |

1.1.4 Analyse ausgewählter Aufwendungen

1.1.4.1 Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen machen ca. 28% der Gesamtaufwendungen aus und stellen den drittgrößten Posten bei den Aufwendungen dar.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 11. Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen | 165.196 € | 177.160 € | 203.910 € | 209.310 € | 215.610 € | 221.360 € |

1.1.4.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diese Aufwendungen stellen ca. 23% der Gesamtaufwendungen dar. Zu diesen Aufwendungen zählen geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungsgegenstände bis 1.000 EUR netto, Bewirtschaftungs- und Unterhaltungsaufwendungen der kommunalen Einrichtungen, die Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie Maschinen und technischen Anlagen, Fahrzeugunterhaltung und unterschiedliche Kostenerstattungen.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|---|----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 195.007 € | 238.220 € | 357.235 € | 231.515 € | 222.515 € | 222.515 € |

1.1.4.3 Zuwendungen, Umlagen und Transferaufwendungen

Die Umlagen und Zuwendungen machen ca. 33 % der Gesamtaufwendungen aus und stellen somit den größten Posten bei den Aufwendungen dar. Darunter fallen die Amts- und Kreisumlage, die Gewerbesteuerumlage sowie die Zuweisungen an die Kindertagesstätten und Grund- / Haupt- und Realschulen.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 15. Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen | 236.036 € | 251.380 € | 260.870 € | 261.470 € | 262.070 € | 262.670 € |

1.1.4.4 Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Zinsaufwendungen machen ca. 0,2% der gesamten Aufwendungen aus. Hier sind auch die Sollzinsen für den negativen Kontostand enthalten.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|----------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 17. Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen | 12.413 € | 6.050 € | 3.660 € | 2.365 € | 1.285 € | 1.255 € |

1.1.4.5 Sonstige laufende Aufwendungen

Die sonstigen laufenden Aufwendungen machen ca. 4% der Gesamtaufwendungen aus. Hier werden u.a. Versicherungen, Sachverständigenkosten, Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Aufwendungen für Dienst- und Schutzbekleidung (Ersatzbeschaffung für Atemschutzgeräteträger), Telekommunikationskosten sowie sonstige Materialkosten verbucht.

| | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan | Plan |
|---|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| 18. Sonstige laufende Aufwendungen | 59.761 € | 31.505 € | 32.415 € | 30.290 € | 30.890 € | 31.400 € |

1.1.4.6 Freiwillige Aufwendungen

Das Vorhalten eines Gemeindehauses trägt gemäß § 2 Abs. 2 Kommunalverfassung M-V zur Entwicklung des kulturellen Lebens in der Gemeinde bei und ist unter diesem Gesichtspunkt nur bedingt als freiwillige Aufgabe zu betrachten.

| THH | Produkt | | Aufwendungen | Erträge | Eigenanteil/ Zuschuss der Gemeinde | Aus- zahlungen | Ein- zahlungen | davon: Eigenanteil |
|--------------|----------|---|--------------|----------|--|-------------------|-------------------|-----------------------|
| in € | | | | | | | | |
| | | Heimat- und sonstige Kulturpflege | | | | | | |
| 2 | 2.8.1.00 | | 2.700 | 0 | 2.700 | 8.700 | 6.000 | 2.700 |
| 1 | 1.2.1.00 | Wahlen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Summe | | | 2.700 | 0 | 2.700 | 8.700 | 6.000 | 2.700 |

1.1.5 Ergebnis der Analyse der Erträge und Aufwendungen

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Gemeinde für die ihr obliegenden pflichtigen Aufgaben, nicht die erforderlichen Erträge zur Deckung der Aufwendungen aus eigenen Mitteln finanzieren kann.

Die Gemeinde kann nur durch folgende Maßnahmen versuchen, einen teilweisen Haushaltsausgleich zu erzielen.

Überprüfungen müssen stattfinden für:

- die grundsätzliche Einführung einer strategischen Zielplanung und den damit verbundenen detaillierten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen bei größeren Maßnahmen
- die unterjährige Überprüfung von Kalkulationen und die Schlussfolgerung aus den Ergebnissen dieser; auch die Einführung neuer Entgelte sollte überdacht werden
- Vertragsüberprüfungen von Mieten und Pachten zur Verbesserung der eigenen Einnahmesituation
- Nutzungs- und Gebäudeanalyse der Dorfgemeinschaftshäuser

Die Bewirtschaftungskosten der vorgehaltenen Gebäude sind unterjährig und prognostisch für die Finanzplanung nur mit der detaillierten und messbaren Einführung von Verbrauchsstatistiken ggfls. über eine Softwarelösung analysierbar und anhand dieser Ergebnisse können energetische Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, die zur Reduzierung der Unterhaltung führen könnten.

Die Umlagen (=Kreisumlage, Amtsumlage, Gewerbesteuerumlage) machen ca. 24 % der Gesamtaufwendungen (durchschnittlich 69.500 EUR) aus und steigen stetig, obwohl der Hebesatz für die Kreisumlage im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben ist. Der Hebesatz der Amtsumlage ist geringfügig gesunken. Trotzdem ist hier finanziell keine Entlastung spürbar. Dies hängt mit der Berechnungsgrundlage und der Übertragung von gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung wie bspw. Feuerwehrbedarfsplanung, Digitalpakt, Baumkataster etc. zusammen.

Die Gemeinde sollte ihre Gesamtmaßnahmen unterjährig im Hinblick auf die Aufwendungen bereits bei der Planung überprüfen und hierfür eine strategische und fünfjährige Jahresplanung aufstellen.

1.2 Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt werden der tatsächliche Geldfluss, die Investitionen sowie die Tilgung abgebildet.

Die nachfolgende Darstellung verdeutlicht die Entwicklung der Zusammensetzung des Saldos der liquiden Mittel und der Kassenkredite im Finanzplanungszeitraum.

| | vorl. Ergebnis | vorl. Ergebnis | Plan | Plan | Plan | Plan |
|--|-----------------------|-----------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Summe der laufenden Einzahlungen | 728.155 € | 756.616 € | 576.920 € | 573.020 € | 573.020 € | 579.970 € |
| Summe der laufenden Auszahlungen | 666.760 € | 630.652 € | 858.090 € | 734.950 € | 732.370 € | 739.200 € |
| Jahresbez. Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen vor plan. Tilg. | 61.394 € | 125.964 € | -281.170 € | -161.930 € | -159.350 € | -159.230 € |
| Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 37.525 € | 191.389 € | 62.235 € | 36.235 € | 36.235 € | 36.235 € |
| Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 24.202 € | 160.911 € | 94.000 € | 30.000 € | 0 € | 0 € |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 13.323 € | 30.478 € | -31.765 € | 6.235 € | 36.235 € | 36.235 € |
| Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag | 74.717 € | 156.442 € | -312.935 € | -155.695 € | -123.115 € | -122.995 € |
| Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen | 13.323 € | 30.478 € | -31.765 € | 6.235 € | 36.235 € | 36.235 € |
| Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge | 1.182 € | 4.557 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| Veränderung der Forderungen u.der Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten | 60.020 € | 144.595 € | -344.700 € | -149.460 € | -86.880 € | -86.760 € |
| Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen | 45.515 € | 109.559 € | -294.970 € | -169.260 € | -162.360 € | -162.265 € |
| Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres | -319.190 € | -273.676 € | -164.117 € | -459.087 € | -628.347 € | -790.707 € |
| Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres | -273.676 € | -164.117 € | -459.087 € | -628.347 € | -790.707 € | -952.972 € |

1.2.1 Analyse und Ergebnis der Einzahlungen

Die Einzahlungen, die auch in gleicher Summe im Ergebnishaushalt als Erträge abgebildet sind, werden hier nicht nochmal gesondert analysiert, sondern auf o.g. Analyse im Punkt 1.1.2 verwiesen.

Versicherungserstattungen tragen dazu bei, dass sich der Finanzhaushalt verbessert, dadurch, dass sie nicht planbar sind.

Allerdings gehen auch Rückerstattungen für bspw. Bewirtschaftungskosten bei den kommunalen Gebäuden am Ende des Abrechnungszeitraumes ein. Diese können nur mit der Anpassung von Abschlagszahlungen oder durch die Einführung einer unterjährig, kontrollierbaren Verbrauchsübersicht geringgehalten werden.

Zu beachten ist, dass der tatsächliche Geldfluss von Fördermitteln teilweise erst in Folgejahren erfolgt, die Einzahlungen aber im Haushaltsjahr geplant werden, in welchem sie erwartet werden. Hier hat die Gemeinde keinen Einfluss, sondern ist von den inhaltlichen Fördermittelprogrammen und deren Ausreichungszeitpunkt abhängig.

Rückerstattungen aus Gewerbesteuerzahlungen sind schwer planbar, da die Gemeinde hierauf keinen Einfluss hat.

Die Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten vom Land gemäß § 8 KAG sind geplant. Diese Zahlung ist begründet mit dem Beitragsausfalls aufgrund des Wegfalls der Straßenbaubeiträge aus Mitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Kommunalabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern i. V. m. der Beitragsausfallerstattungsverordnung Mecklenburg-Vorpommern. (Stand: Juni 2021)

Außerdem erhält die Gemeinde eine Infrastrukturpauschale. Diese dient zur Finanzierung von notwendigen Investitionen sowie Instandhaltungsmaßnahmen in den Bereichen Schulen, Kindertagesstätten, Straßen, ÖPNV, Sportanlagen, Feuerwehr/Brandschutz, kommunaler Wohnungsbau und für Digitalisierung/Breitband.

1.2.2 Analyse und Ergebnis der Auszahlungen

Die Auszahlungen, die auch in gleicher Summe im Ergebnishaushalt als Aufwendungen abgebildet sind, werden hier nicht nochmal gesondert analysiert, sondern auf o.g. Analyse im Punkt 1.1.4 verwiesen.

Hinsichtlich der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen, sowie zur Entwicklung der Tilgung und der Schuldenübersicht wird auf den Vorbericht zum Haushalt 2023 verwiesen.

2. Feststellung des Konsolidierungsbedarfes

Ergebnishaushalt

Der Haushaltsplan 2023 weist im Ergebnishaushalt unterjährig einen Fehlbetrag (nach Veränderung der Rücklagen) in Höhe von -275.330 EUR aus. Aufgrund der positiven Vorträge aus Vorjahren (gerechnet mit vorl. Ergebnissen bis einschl. 2022) ergibt sich zum Ende des Haushaltsjahres ein Fehlbetrag in Höhe von -260.895 EUR.

Um in 10 Jahren im Ergebnishaushalt ausgeglichen zu sein, müsste unterjährig eine Ersparnis von 26.089,50 EUR erreicht werden.

Einschließlich des Planansatzes für das Haushaltsjahr 2023 weist der Ergebnishaushalt einen Konsolidierungsbedarf im Finanzplanungszeitraum von 730.415 EUR auf.

Für den Ergebnishaushalt würde dies bedeuten, dass die Gemeinde in den nächsten 5 Jahren ein positives Jahresergebnis i. H. v. 146.083 EUR erwirtschaften müsste. (Bei einem 10 jährigen Konsolidierungszeitraum wären es 73.041,50 EUR.)

Finanzhaushalt

Der jahresbezogene Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen beträgt – 294.970 EUR (nach planmäßiger Tilgung) im Haushaltsjahr 2023. Zuzüglich der Vorträge aus Vorjahren (gerechnet mit vorl. Ergebnissen bis einschl. 2022) ergibt sich zum Ende des Haushaltsjahres ein Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen in Höhe von -459.087 EUR.

Um in 10 Jahren im Finanzhaushalt ausgeglichen zu sein, müsste unterjährig eine Einsparung von 45.908,70 EUR erreicht werden.

Im Finanzhaushalt besteht ein Konsolidierungsbedarf im Finanzplanungszeitraum von 952.972 EUR.

Für den Finanzhaushalt würde dies bedeuten, in den nächsten 5 Jahren einen positiven Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen einschließlich Auszahlungen für Tilgungen i. H. v. 190.594,40 EUR zu erwirtschaften. (Bei einem 10 jährigen Konsolidierungszeitraum wären es 95297,20 EUR.)

2.1 Wesentliche Produkte/Schwerpunktprodukte

Entsprechend § 4 Absatz 7 GemHVO M-V sind in jedem Teilhaushalt die wesentlichen Produkte (auch Schwerpunktprodukte) und deren Auftragsgrundlage, Ziele und Leistungen zu beschreiben sowie Leistungsmengen und Kennzahlen zu Zielvorgaben anzugeben. Die Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung und Planung, der Steuerung und der Erfolgskontrolle des jährlichen Haushaltes gemacht werden.

Die Prämissen zur Auswahl der wesentlichen Produkte oder die Ziele der Politik können sich im Laufe der Jahre ändern. Somit sind die Auswahl und die Anzahl der wesentlichen Produkte im Zuge der Beschlussfassung zum Haushalt neu festzulegen.

Kriterien für die Bestimmung der wesentlichen Produkte zu § 4 Absatz 2 GemHVO M-V – Verwaltungsvorschrift sind insbesondere die kommunale Steuerungsfähigkeit und die finanzielle Größenordnung des Produktes.

Für die Auswahl der wesentlichen Produkte sind folgende Indizien für die Wesentlichkeit zugrunde gelegt worden:

- für die Erreichung der strategischen Ziele unverzichtbare Aufgaben
- hohes Finanzvolumen
- besondere Brisanz in der Öffentlichkeit
- besonderes Interesse in der Kommunalpolitik
- massive Probleme in der Vergangenheit

Mit dieser Fortschreibung sind folgende Produkte der Gemeinde als wesentliche Produkte neu festzulegen:

| | |
|----------|--------------------------------------|
| 1.1.2.03 | Personal |
| 1.1.4.01 | Grundstücks- und Gebäudeunterhaltung |

| | |
|----------|-------------------------------|
| 1.2.6.01 | Brandschutz |
| 5.4.1.00 | Gemeindestraßen |
| 5.5.1.00 | Öffentliches Grün |
| 5.7.3.02 | Gemeindeküche |
| 6.1.1.00 | Steuern, Zuweisungen, Umlagen |

Ebenfalls großen Einfluss auf die finanzielle Lage, jedoch ohne Steuerfähigkeit, haben folgende Produkte:

| | |
|-------------------|--|
| 2.1.1.02/2.1.5.02 | Schulkostenbeiträge GS und RS |
| 3.6.1.01/3.6.1.02 | Förderung Tageseinrichtung/Tagespflege |

| Produkt | Erträge | | Produkt | Aufwendungen | Differenz |
|----------------|---------------------|--|----------------|---------------------|----------------------|
| 1.1.1.04 | 0,00 € | | 1.1.1.04 | 12.375,00 € | -12.375,00 € |
| 1.1.2.03 | 5.490,00 € | | 1.1.2.03 | 57.040,00 € | -51.550,00 € |
| 1.1.4.01 | 420,00 € | | 1.1.4.01 | 94.785,00 € | -94.365,00 € |
| 1.1.4.02 | 1.600,00 € | | 1.1.4.02 | 1.710,00 € | -110,00 € |
| 1.1.4.09 | 25.090,00 € | | 1.1.4.09 | 14.030,00 € | 11.060,00 € |
| 1.1.6.01 | 0,00 € | | 1.1.6.01 | 1.200,00 € | -1.200,00 € |
| 1.2.1.00 | 0,00 € | | 1.2.1.00 | 0,00 € | 0,00 € |
| 1.2.2.00 | 150,00 € | | 1.2.2.00 | 3.400,00 € | -3.250,00 € |
| 1.2.6.01 | 11.030,00 € | | 1.2.6.01 | 43.490,00 € | -32.460,00 € |
| 2.1.1.02 | 0,00 € | | 2.1.1.02 | 22.000,00 € | -22.000,00 € |
| 2.1.5.02 | 0,00 € | | 2.1.5.02 | 44.000,00 € | -44.000,00 € |
| 2.8.1.00 | 0,00 € | | 2.8.1.00 | 2.700,00 € | -2.700,00 € |
| 3.6.1.01 | 0,00 € | | 3.6.1.01 | 40.000,00 € | -40.000,00 € |
| 3.6.1.02 | 0,00 € | | 3.6.1.02 | 2.200,00 € | -2.200,00 € |
| 3.6.6.00 | 0,00 € | | 3.6.6.00 | 5,00 € | -5,00 € |
| 5.1.1.00 | 0,00 € | | 5.1.1.00 | 0,00 € | 0,00 € |
| 5.3.8.00 | 690,00 € | | 5.3.8.00 | 1.520,00 € | -830,00 € |
| 5.4.0.00 | 8.000,00 € | | 5.4.0.00 | 0,00 € | 8.000,00 € |
| 5.4.1.00 | 17.110,00 € | | 5.4.1.00 | 44.910,00 € | -27.800,00 € |
| 5.5.1.00 | 1.370,00 € | | 5.5.1.00 | 23.910,00 € | -22.540,00 € |
| 5.5.2.00 | 0,00 € | | 5.5.2.00 | 850,00 € | -850,00 € |
| 5.5.3.00 | 370,00 € | | 5.5.3.00 | 670,00 € | -300,00 € |
| 5.7.3.00 | 2.100,00 € | | 5.7.3.00 | 13.680,00 € | -11.580,00 € |
| 5.7.3.02 | 207.230,00 € | | 5.7.3.02 | 259.625,00 € | -52.395,00 € |
| 6.1.1.00 | 323.030,00 € | | 6.1.1.00 | 217.870,00 € | 105.160,00 € |
| 6.1.2.00 | 22.590,00 € | | 6.1.2.00 | 3.330,00 € | 19.260,00 € |
| 6.2.6.00 | 3.700,00 € | | 6.2.6.00 | 0,00 € | 3.700,00 € |
| gesamt: | 629.970,00 € | | gesamt: | 905.300,00 € | -275.330,00 € |

3. Festlegung der Konsolidierungsmaßnahmen

3.1 Stand Umsetzung der Maßnahmen für 2022

- **Reduzierung der Ermächtigungen der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 5 %**

Ansatz 2022: 238.220 € vorl. Ergebnis 2022: 189.610 € Reduzierung: 20 %

- **Reduzierung der Ermächtigungen der Aufwendungen für sonstige laufende Aufwendungen um 5 %**

Ansatz 2022: 31.505 € vorl. Ergebnis 2022: 23.366 € Reduzierung: 25 %

- **Anhebung der Hebesätze auf 20 % über Landesdurchschnitt M-V**

Die Hebesätze wurden zum 01.01.2022 angepasst

- **Erhöhung Hundesteuer**

Erhöhung der Hundesteuer wurde zum 01.01.2022 vorgenommen

3.2 Neue Konsolidierungsvorschläge (Die Konsolidierungsvorschläge werden in der Anlage zu diesem Konzept beschrieben.)

Im Haushaltssicherungskonzept sind Maßnahmen darzustellen, durch die der Haushaltsausgleich erreicht und eine geordnete Haushaltswirtschaft auf Dauer sichergestellt werden soll. Es werden die nachfolgenden Konsolidierungsbereiche genannt, aus denen Maßnahmen zur Erhöhung der Erträge/Einzahlungen und Maßnahmen zur Senkung der Aufwendungen/Auszahlungen abzuleiten sind:

- 01/2023 – Produkt diverse
Reduzierung der Ermächtigungen der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 5 %
- 02/2023 – Produkt diverse
Reduzierung der Ermächtigungen der Aufwendungen für sonstige laufende Aufwendungen um 5 %
- 03/2023 – Produkt 6.1.1.00
Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer:

Grundsteuer A von 349 v.H. auf 355 v.H.

Gewerbsteuer von 359 v.H. auf 370 v.H.

Gemäß Schreiben der unteren Rechtsaufsichtsbehörde vom 19.12.2022 stellt es keine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme dar, wenn die Ansätze der Sach- und Dienstleistungen regelmäßig zu hoch veranschlagt werden, um dann auf dieser Grundlage 5% der Auszahlungen als Konsolidierungsmaßnahme auszuweisen. Hier wurden die Aufwendungen/Auszahlungen nicht „absichtlich“ zu hoch geplant, vielmehr liegt der Grund darin, dass sich die Gemeinde Altenhagen im letzten Jahr bis Ende Dezember in der vorläufigen Haushaltsführung befand. In 2021 befand sich die Gemeinde sogar das ganze Jahr in der vorläufigen Haushaltsführung. Entsprechend konnte kaum eine der geplanten Maßnahmen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen durchgeführt werden.

Weiterhin wird in o.g. Schreiben aufgeführt, dass die Küche sowie die gemeindlichen Wohnungen vollumfänglich dem freiwilligen Bereich zuzuordnen sind. Zu prüfen wäre, ob durch Mietpreisanpassung höhere Erträge für die Gemeinde erzielt werden können. Die gemeindlichen Wohnungen befinden sich in einem schlechten Zustand. Der 10 WE ist in den letzten 30 Jahren nicht saniert/renoviert worden. (altes Gutshaus um 1700 erbaut, 1959 umgebaut). Die Fassade ist marode und das gesamte Objekt wird mit Nachtspeicheröfen beheizt. Die Leitungen sind ebenfalls veraltet. Eine Anpassung der Miete ist hier nicht möglich. Zudem besteht lt. vorläufiger Ergebnisrechnung im Bereich der Wohnungswirtschaft kein Defizit. Die Objekte befinden sich im Besitz der Gemeinde und müssen entsprechend instandgehalten werden, unabhängig davon, ob die Gemeinde dies möchte oder nicht. Somit kann hier nur bedingt von einer freiwilligen Aufgabe ausgegangen werden. Die Gemeinde könnte allerdings prüfen, ob die Gebäude veräußert werden können. Dadurch könnten einmalig Erträge erzielt werden.

Die Essenpreise der Gemeindeküche werden regelmäßig neu kalkuliert und auch in diesem Jahr wieder angepasst, um eine Kostendeckung herbeizuführen (31/BV/100/2023). Die Erträge und Aufwendungen in diesem Bereich lassen sich allerdings schwer planen, da diese abhängig von den gelieferten Essenportionen sind. Zudem steigen die Preise für Lebensmittel, Energie etc. stetig. Im Vorjahr besteht lt. vorläufiger Ergebnis- und Finanzrechnung aber kein Defizit.

Die Hebesätze für die Realsteuern wurden in den letzten Jahren ebenfalls regelmäßig angepasst und liegen 20 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Um das Defizit der Gemeinde dadurch zu kompensieren, müssten die Hebesätze exorbitant angehoben werden. Das liegt nicht im Sinne einer Kommune und kann auch nicht das Ziel sein. Zudem würde dies für die Bürger, neben der Energiekrise und der Grundsteuerreform, eine zusätzliche hohe Belastung darstellen.

3.2.1 Tabellarische Darstellung Ertragssteigerungen bzw. Aufwandsreduzierungen im Ergebnishaushalt

Ergebnishaushalt

| | | | | | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|-----|----------|-------|-----|------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| THH | Produkt | Konto | Nr. | Maßnahme | Erhöhung | Erhöhung | Erhöhung | Erhöhung |
| 1 | 6.1.1.00 | 4011 | 3 | Erhöhung Grundsteuer A | 240,00 € | 240,00 € | 240,00 € | 240,00 € |
| 1 | 6.1.1.00 | 40131 | 3 | Erhöhung Gewerbesteuer | 300,00 € | 300,00 € | 300,00 € | 300,00 € |
| | | | | | 540,00 € | 540,00 € | 540,00 € | 540,00 € |

Ergebnishaushalt

| | | | | | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|-------|---------|---------|-----|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| THH | Produkt | Konto | Nr. | Maßnahme | Einsparung | Einsparung | Einsparung | Einsparung |
| 1 + 2 | diverse | diverse | 1 | Reduzierung der Ermächtigungen der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 5 % | 17.861,75 € | 11.575,75 € | 11.125,75 € | 11.125,75 € |
| 1 + 2 | diverse | diverse | 2 | Reduzierung der Ermächtigungen der Aufwendungen für sonstige laufende Aufwendungen um 5 % | 1.620,75 € | 1.514,50 € | 1.544,50 € | 1.570,00 € |
| | | | | | 19.482,50 € | 13.090,25 € | 12.670,25 € | 12.695,75 € |

3.2.2 Tabellarische Darstellung Einzahlungssteigerungen bzw. Auszahlungsreduzierungen im Finanzhaushalt

Finanzhaushalt

| | | | | | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|-----|----------|-------|-----|------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| THH | Produkt | Konto | Nr. | Maßnahme | Erhöhung | Erhöhung | Erhöhung | Erhöhung |
| 1 | 6.1.1.00 | 6011 | 3 | Erhöhung Grundsteuer A | 240,00 € | 240,00 € | 240,00 € | 240,00 € |
| 1 | 6.1.1.00 | 60131 | 3 | Erhöhung Gewerbesteuer | 300,00 € | 300,00 € | 300,00 € | 300,00 € |
| | | | | | 540,00 € | 540,00 € | 540,00 € | 540,00 € |

Finanzhaushalt

| | | | | | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|-------|---------|---------|-----|---|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| THH | Produkt | Konto | Nr. | Maßnahme | Einsparung | Einsparung | Einsparung | Einsparung |
| 1 + 2 | diverse | diverse | 1 | Reduzierung der Ermächtigungen der Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen um 5 % | 17.861,75 € | 11.575,75 € | 11.125,75 € | 11.125,75 € |
| 1 + 2 | diverse | diverse | 2 | Reduzierung der Ermächtigungen der Auszahlungen für sonstige laufende Auszahlungen um 5 % | 1.620,75 € | 1.514,50 € | 1.544,50 € | 1.570,00 € |
| | | | | | 19.482,50 € | 13.090,25 € | 12.670,25 € | 12.695,75 € |

4. Zusammenfassung der finanziellen Wirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Gemeinde Altenhagen den Haushaltsausgleich aus eigener Kraft nicht schaffen wird.

Unter Einhaltung der o. g. Maßnahmen für das HHJ 2023 und Folgejahre würde sich das Jahresergebnis im Ergebnishaushalt einschließlich der Vorträge aus Vorjahren von -260.895 € auf -240.873 € verbessern. Im Finanzhaushalt könnte der negative Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen einschließlich der Vorträge aus Vorjahren von -459.087 auf -439.065 € verringert werden.

Mit der Sonder- und Ergänzungszuweisungen für 2020 und den Folgeanträgen, wäre der Abbau der Defizite aus den Vorjahren bis einschließlich 2021 eine ideale Voraussetzung, um zukünftig den gesetzlich geforderten Haushaltsausgleich zu erlangen.

Gemäß vorläufiger Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2022 (Stand 23.02.2023) verbessert sich das Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen gegenüber dem Planansatz von **-60.139,86 EUR auf 121.721,86 EUR**. Im Finanzhaushalt wird gegenüber dem Planansatz eine Verbesserung des jahresbezogenen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen von **-58.134,86 EUR auf 109.559,14 EUR** erzielt.

Für das Haushaltsjahr 2021 erhielt die Gemeinde eine Sonder- und Ergänzungszuweisung gemäß § 27 Abs. 2 FAG in Höhe von insgesamt 125.501,15 EUR. Die Gemeinde Altenhagen wird auch im aktuellen HHJ Zuweisungen für das HHJ 2022 i. H. v. insgesamt 63.527,16 € beantragen.

4.1 Tabellarische Zusammenfassung der Konsolidierungsmaßnahmen und Auswirkung auf den Fehlbetrag

Ergebnishaushalt

Gesamtübersicht Ergebnisverbesserung

| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Summe der Erträge | 607.380 € | 603.480 € | 603.480 € | 603.340 € |
| Summe der Aufwendungen | 905.300 € | 782.060 € | 779.440 € | 786.090 € |
| Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen | -297.920 € | -178.580 € | -175.960 € | -182.750 € |
| Jahresergebnis nach Entnahme Rücklage | -275.330 € | -155.990 € | -153.370 € | -160.160 € |
| Ergebnisvortrag a.d. Haushaltsvorjahr | 14.435 € | -260.895 € | -416.885 € | -570.255 € |
| Ergebnisvortrag i.d. Haushaltsfolgejahr | -260.895 € | -416.885 € | -570.255 € | -730.415 € |
| Maßnahmen HSK 2023 | | | | |
| Mehrerträge | 540 € | 540 € | 540 € | 540 € |
| Minderaufwendungen | 19.483 € | 13.090 € | 12.670 € | 12.696 € |
| Summe | 20.023 € | 13.630 € | 13.210 € | 13.236 € |
| Entwicklung Jahresergebnis mit Maßnahmen HSK | -255.308 € | -142.360 € | -140.160 € | -146.924 € |
| Entwicklung Jahresergebnis mit Ergebnisvortrag und Maßnahmen HSK | -240.873 € | -403.255 € | -557.045 € | -717.179 € |

Finanzhaushalt

Gesamtübersicht Finanzverbesserung

| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Summe der lfd. Einzahlungen | 576.920 € | 573.020 € | 573.020 € | 579.970 € |
| Summe der lfd. Auszahlungen | 858.090 € | 734.950 € | 732.370 € | 739.200 € |
| Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- u. Auszahlungen nach Tilgung | -294.970 € | -169.260 € | -162.360 € | -162.265 € |
| Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des HH-Vorjahres | -164.117 € | -459.087 € | -628.347 € | -790.707 € |
| Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des HH-Jahres | -459.087 € | -628.347 € | -790.707 € | -952.972 € |
| Maßnahmen HSK 2023 | | | | |
| Mehreinzahlungen | 540 € | 540 € | 540 € | 540 € |
| Minderauszahlungen | 19.483 € | 13.090 € | 12.670 € | 12.696 € |
| Summe | 20.023 € | 13.630 € | 13.210 € | 13.236 € |
| Entwicklung Jahresbezogener Saldo mit Maßnahmen HSK | -274.948 € | -155.630 € | -149.150 € | -149.029 € |
| Entwicklung Saldo der lfd. Ein- und Auszahlg. Zum 31.12. des HH-Jahres mit Vorträgen und Maßnahmen HSK | -439.065 € | -614.717 € | -777.497 € | -939.736 € |

5. Angabe des Konsolidierungszeitraumes

Mit Hilfe der vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung ist es innerhalb des Finanzplanungszeitraumes nicht möglich, das strukturelle Defizit, vor allem im Finanzhaushalt, erheblich zu reduzieren. Ein dauerhafter Ausgleich des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes kann innerhalb des geforderten Konsolidierungszeitraumes nicht erreicht werden und macht die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes dringend notwendig.

Der Zeitpunkt der vollständigen Konsolidierung kann in diesem Haushaltssicherungskonzept nicht benannt werden und muss in den Folgejahren im Rahmen der Fortschreibung ermittelt werden.

Der Haushaltsausgleich ist schnellstmöglich sicherzustellen, wobei ein Konsolidierungszeitraum von zehn Jahren nicht überschritten werden soll.

6. Fazit und Ausblick

Die Gemeinde weist eine weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit auf.

Eine Vollkonsolidierung im Finanzplanungszeitraum kann in dieser Fortschreibung zum Haushaltssicherungskonzept nicht aufgezeigt werden. Ohne eine Verbesserung der Finanzausstattung der Gemeinde und einer Reduzierung der Amts- und Kreisumlage wird die Gemeinde auch künftig nicht in der Lage sein, den Haushalt auszugleichen.

Ziel dieser Fortschreibung muss es weiterhin sein, die Fehlbeträge im Finanz- und Ergebnishaushalt weiter zu verringern. Ein Abbau des strukturellen Defizits kann nur über eine Verbesserung des Saldos der Ein- und Auszahlungen erreicht werden. Dies setzt voraus, dass alle Einnahmequellen und Möglichkeiten der Ausgabereduzierung ausgeschöpft werden.

Im Bereich der Aufwendungen sind Einsparpotentiale aus heutiger Sicht nur noch im geringeren Umfang zu realisieren. Auch wird darauf hingewiesen, dass der gesamte Prozess der Haushaltskonsolidierung von Risikofaktoren beeinflusst wird, die von der Gemeinde nicht oder nur bedingt gesteuert werden kann.

7. Bindungswirkung des Haushaltssicherungskonzeptes

Die Gemeinde bindet sich mit Beschluss vom 24.04.2023 an die jetzige Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes und versucht auch unterjährig Maßnahmen zu erreichen, die der Verbesserung der Finanzsituation dienen.

Die Gemeinde ist gehalten, eine strategische Zielplanung anhand der ihr obliegenden Aufgaben aufzustellen.

Gemäß § 31 Abs. 2 Satz 3 und 4 KV M-V werden alle Anträge und Beschlussvorlagen daraufhin geprüft, wie sie sich auf die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes auswirken. Mit dem Haushaltssicherungskonzept nicht vereinbare Beschlüsse, die auf Anträge oder Beschlussvorlagen zurückgehen, die keine Kompensation festlegen, sind rechtswidrig und dem Widerspruch des Bürgermeisters gem. § 33 KV M-V sowie den rechtsaufsichtlichen Instrumentarien zugänglich.

Altenhagen, den 24.04.2023

Bürgermeister

-Siegel-

Anlage

Maßnahmenblätter Haushaltssicherungskonzept 2023

Maßnahme zur Haushaltssicherung

Nr. 01

Ertrag Aufwand Einzahlung Auszahlung

| | | | |
|---------------------|---------|--------------------------------|------------|
| Teilhaushalt | 1+2 | Produktverantwortlicher | Frau Furth |
| Produkt | Diverse | Konto | diverse |

Maßnahme: Reduzierung der Ermächtigungen der Aufwendungen/Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen um 5 %

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Mit der Haushaltsgenehmigung wird eine Haushaltssperre von 5 % auf die Produkte und dazugehörigen Konten für Aufwendungen/Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen festgesetzt und im Finanzprogramm hinterlegt.

Mit der Fachfirma des Haushaltsprogrammes wird die technische Möglichkeit geschaffen, dass die Fachgebiete die Haushaltsansätze und die gesperrten Beträge gleich mit der Buchung sehen, prüfen und handeln können.

| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Ansatz | 357.235 € | 231.515 € | 222.515 € | 222.515 € |
| Reduzierung | 17.861,75 € | 11.575,75 € | 11.125,75 € | 11.125,75 € |
| | | | | |

| | |
|-----------------------------------|---|
| Zeitliches Wirksamwerden | nach Beschluss der Haushaltssatzung |
| Entscheidungszuständigkeit | FG Finanzen |
| Umsetzungsschritte | - Haushaltssperre festlegen und in MPS einpflegen |

Maßnahme zur Haushaltssicherung

Nr. 02

Ertrag Aufwand Einzahlung Auszahlung

| | | | |
|---------------------|---------|--------------------------------|------------|
| Teilhaushalt | 1+2 | Produktverantwortlicher | Frau Furth |
| Produkt | diverse | Konto | diverse |

Maßnahme: Reduzierung der Ermächtigungen der Aufwendungen/Auszahlungen für sonstige laufende Aufwendungen um 5 %

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Mit der Haushaltsgenehmigung wird eine Haushaltssperre von 5 % auf die Produkte und dazugehörigen Konten für sonstige laufende Aufwendungen/Auszahlungen festgesetzt und im Finanzprogramm hinterlegt.

Mit der Fachfirma des Haushaltsprogrammes wird die technische Möglichkeit geschaffen, dass die Fachgebiete die Haushaltsansätze und die gesperrten Beträge gleich mit der Buchung sehen, prüfen und handeln können.

| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Ansatz | 32.415 € | 30.290 € | 30.890 € | 31.400 € |
| Reduzierung | 1.620,75 € | 1.514,50 € | 1.544,50 € | 1.570 € |
| | | | | |

| | |
|-----------------------------------|---|
| Zeitliches Wirksamwerden | nach Beschluss der Haushaltssatzung |
| Entscheidungszuständigkeit | FG Finanzen |
| Umsetzungsschritte | - Haushaltssperre festlegen und in MPS einpflegen |

Maßnahme zur Haushaltssicherung

Nr. 03

Ertrag Aufwand Einzahlung Auszahlung

| | | | |
|---------------------|----------|--|------------|
| Teilhaushalt | 1 | Produktverantwortlicher | Frau Furth |
| Produkt | 6.1.1.00 | Konto 4011/6011, 4012/6012, 40131/60131 | |

Maßnahme: Anhebung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer auf 20 % über Landesdurchschnitt M-V

Erläuterungen/ Bemerkungen:

Gemäß § 27 FAG M-V können Gemeinden eine Sonder- und Ergänzungszuweisung beantragen, die in zurückliegenden Haushaltsjahren einen negativen Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum Ende des Haushaltsjahres ausgewiesen haben. Für die Beantragung dieser Zuweisungen sind Voraussetzungen wie die Erhöhung der Hebesätze, die Umsetzung rechtsaufsichtlicher Entscheidungen und die Einhaltung der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes zu erfüllen. Die Gemeinde Altenhagen hat die Möglichkeit im Jahr 2024 Zuweisungen für 2023 zu erhalten.

Die Höhe der Sonderzuweisung entspricht dem negativen Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12.2023. Der Haushaltsplan 2023 weist planmäßig einen negativen Saldo von -294.970 € aus. Zur Unterstützung beim Abbau des insgesamt bestehenden negativen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen per 31.12.2020 (-237.925,75 €) würde die Gemeinde zusätzlich eine Ergänzungszuweisung i. H. v. 20 % des Saldos erhalten. Dies entspricht einem Betrag von 47.585,15 €.

Dafür müssen die Hebesätze auf 20 % über dem Landesdurchschnitt 2021 angehoben werden. Die Anhebung der Hebesätze ist rückwirkend für das Haushaltsjahr 2023 nur bis zum 30.06.2023 möglich.

Für die Grundsteuer A würde dies eine Erhöhung von **349 v. H. auf 350 v. H.**,

für die Grundsteuer B von **406 v. H. auf 408 v. H.** und für die Gewerbesteuer von **359 v. H. auf 370 v. H.** bedeuten.

Daraus resultierende finanzielle Auswirkungen:

| | | |
|---------------|-------------------|----------|
| Grundsteuer A | Mehreinnahmen ca. | 40,00 € |
| Grundsteuer B | Mehreinnahmen ca. | 130,00 € |
| Gewerbesteuer | Mehreinnahmen ca. | 300,00 € |

Die Voraussetzungen zur Antragstellung der Hilfen nach § 27 FAG M-V sind auch erfüllt, wenn die Mehreinnahmen durch eine andere Verteilung der Hebesätze erreicht werden.

Da die Erhöhung der Grundsteuer B von 406 v.H. auf 408 v.H. für ca. 170 Haushalte einen Änderungsbescheid von jeweils etwa 1,00 € nach sich ziehen würde, ist eine Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer A von derzeit 349 v.H. auf 355 v.H. zu überdenken. Dies würde die erforderlichen Mehreinnahmen sichern.

Für die Gemeinde Altenhagen hat dies zur Folge, dass die

Grundsteuer A von derzeit **349 v. H. auf 355 v.H.**

Grundsteuer B von derzeit **406 v. H. auf 406 v.H.** (unverändert)

Gewerbsteuer von derzeit **359 v. H. auf 370 v.H.**

angehoben werden müssen.

Daraus resultierende finanzielle Auswirkungen:

Grundsteuer A Mehreinnahmen ca. 240,00 €

Gewerbsteuer Mehreinnahmen ca. 300,00 €

| | |
|-----------------------------------|-----------------------------|
| Zeitliches Wirksamwerden | 01.01.2023 |
| Entscheidungszuständigkeit | FG Finanzen |
| Umsetzungsschritte | Hebesatzsatzung ausfertigen |